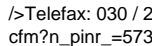




BUND fordert Ausstieg aus Braunkohleverstromung. Erster Schritt: Stilllegung der 24 ältesten Kohlemeiler per Gesetz

BUND fordert Ausstieg aus Braunkohleverstromung. Erster Schritt: Stilllegung der 24 ältesten Kohlemeiler per Gesetz
Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat die Bundesregierung aufgefordert, die Laufzeit älterer Braunkohlekraftwerke per Gesetz zu begrenzen. Nur so lasse sich das nationale Klimaschutzziel von minus 40 Prozent Kohlendioxid bis 2020 noch erreichen. "Bleibt die Kohleverstromung in alten und ineffizienten Braunkohlekraftwerken so lukrativ wie heute, kann die Bundesregierung ihre Klimaschutzziele abschreiben", sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger vor der Presse in Berlin. "Mit 25 Prozent ist der Anteil des Braunkohlestroms am deutschen Strommix viel zu hoch. Der einzige Weg, von den hohen CO2-Emissionen aus Kohlekraftwerken wegzukommen, ist ein zügiger Ausstieg aus der Braunkohleverstromung", sagte Weiger. Erforderlich sei zunächst ein Gesetz, das die Laufzeit der 24 ältesten und ineffizientesten Braunkohlemeiler auf je 35 Jahre begrenze. "Bis 2020 können und müssen jene Braunkohlemeiler abgeschaltet werden, die vor 1985 in Betrieb gingen. Den Gesetzesvorschlag dafür übermitteln wir Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und erwarten die umgehende Prüfung. Eine erfolgreiche Klima- und Energiepolitik duldet keinen Aufschub", sagte der BUND-Vorsitzende. "Die in den letzten Jahren angestiegene Braunkohleverstromung und die daraus resultierenden hohen CO2-Emissionen machten die Erfolge beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland wieder zunichte, kritisierte die BUND-Energieexpertin Daniela Setton. Alte Braunkohlemeiler, die pro erzeugte Kilowattstunde Strom mehr als ein Kilogramm CO2 ausstießen, würden auf Hochtouren laufen. Klimaschonenden Gaskraftwerken, die als Ergänzung der erneuerbaren Energien für die Energiewende vorübergehend unverzichtbar seien, drohe hingegen das Aus. Hauptsache dafür sei der darniederliegende Handel mit Emissionszertifikaten. "Der Preis für CO2-Zertifikate ist absehbar dauerhaft zu niedrig - mit verheerenden Konsequenzen für den Klimaschutz und die Energiewende. Deshalb muss die Bundesregierung jetzt handeln und den klimaschädlichsten Energieträger, die Braunkohle, mit gesetzlichen Maßnahmen sukzessive vom Markt verdrängen", forderte Setton. Rund die Hälfte der heutigen Braunkohlekapazitäten, etwa 10 Gigawatt, würde nach dem Gesetzesvorschlag des BUND bis 2020 stillgelegt. Dies beträfe die 24 ältesten Kraftwerksblöcke in Deutschland, die meisten davon in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. "Noch ist die Kohleverstromung für ein Drittel der CO2-Emissionen in unserem Land verantwortlich. Kommt das Gesetz zum Abschalten der ältesten Braunkohlemeiler, verringern sich die CO2-Emissionen der Braunkohleverstromung um jährlich rund 90 Millionen Tonnen. Mit einem solchen Gesetz werden außerdem moderne Gaskraftwerke wettbewerbsfähiger und die Erlöse für erneuerbaren Strom steigen", sagte Energieexpertin Setton. Den Braunkohle-Ausstiegsplan des BUND finden Sie im Internet unter: www.bund.net/pdf/laufzeitbegrenzung-kohle
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 / 27 58 64 - 0
Telefax: 030 / 27 58 64 - 40
Mail: bund@bund.net
URL: <http://www.bund.net>


Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.